

CDU – Fraktionen

in den Räten der Städte

Ennepetal – Gevelsberg – Schwelm – Sprockhövel

An den

Bürgermeister der Stadt Ennepetal
Herrn Wilhelm Wiggenhagen
Bismarckstr. 21
58256 Ennepetal

Bürgermeister der Stadt Gevelsberg
Herrn Claus Jacobi
Rathausplatz 1
58285 Gevelsberg

Bürgermeister der Stadt Schwelm
Herrn Jochen Stobbe
Rathaus, Hauptstraße 14
58332 Schwelm

An den Bürgermeister der Stadt Sprockhövel
Herrn Dr. Klaus Walterscheid
Rathausplatz 4
45549 Sprockhövel

CDE

Christdemokraten Ennepetal

Fraktion des CDU Stadtverbandes

Bernd D e c k e r
Fraktionsvorsitzender

Hans-Günther Adrian
Fraktionsvorsitzender

Oliver F l ü s h ö h
Fraktionsvorsitzender

Daniel H e y m a n n
Fraktionsvorsitzender

Torsten S c h u l t e
Fraktionsvorsitzender

11/ Januar 2013

Interkommunale Zusammenarbeit Gemeinsame Förderschule für den südlichen Ennepe-Ruhr-Kreis

Sehr geehrter Herr Wiggenhagen,
sehr geehrter Herr Jacobi,
sehr geehrter Herr Stobbe,
sehr geehrter Herr Dr. Walterscheid,

die oben genannten Fraktionen in den Räten der Städte Ennepetal, Gevelsberg, Schwelm und Sprockhövel bitten Sie, den nachfolgenden Antrag dem Rat Ihrer Stadt und seinen Gremien zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen:

1. Die Städte Ennepetal, Gevelsberg, Schwelm und Sprockhövel bekräftigen ihren Willen, auch in Zukunft eine Förderschule im südlichen Ennepe-Ruhr-Kreis vorzuhalten.
2. Aufgrund der sich verändernden Rahmenbedingungen sprechen sich die Städte Ennepetal, Gevelsberg, Schwelm und Sprockhövel dafür aus, künftig eine „Gemeinsame Förderschule für den südlichen Ennepe-Ruhr-Kreis“ aufrechtzuerhalten.
3. Diese „Gemeinsame Förderschule für den südlichen Ennepe-Ruhr-Kreis“ soll in einer gemeinsamen Trägerschaft (z.B. dem VHS-Zweckverband) geführt werden und - wenn sinnvoll und möglich - einen Teilstandort in jeder Stadt besitzen.

4. Die Verwaltungen der Städte werden beauftragt, das notwendige Verfahren zur Umsetzung dieses Konzeptes zum Schuljahr 2013/2014 einschließlich der Kostenverteilung zu klären, die erforderlichen Beschlüsse der städtischen Gremien vorzubereiten und die Beschlussfassung einzuleiten.

Begründung

Durch die UN-Behindertenrechtskonvention soll allen Menschen die gleichberechtigte Teilhabe bzw. Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglicht werden. Dies schließt auch den ungehinderten Zugang zu Bildungsangeboten ein.

Zur Umsetzung der Inklusion im Schulbereich hat die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen inzwischen die Entwürfe des 9. Schulrechtsänderungsgesetzes sowie der Verordnung über die Schulgrößen der Förderschulen und Schulen für Kranke veröffentlicht.

Gehen die Städte des südlichen Ennepe-Ruhr-Kreises im Bereich der Förderschulen für Lern- und Entwicklungsstörungen weiterhin eigenständige Wege, kann wohl auf Dauer keine einzige der Schulen weiterbetrieben werden.

Hierdurch entsteht die berechtigte Sorge, dass die vorhandene sonderpädagogische Fachkompetenz der Region verloren geht.

Die antragstellenden Fraktionen halten es ferner für zwingend geboten, dass alle schulpflichtigen Kinder entsprechend ihren persönlichen Fähigkeiten und Bedürfnissen individuell gefördert und begabungsgerecht gefordert werden. Allen Eltern – insbesondere aber denen, deren Kinder der sonderpädagogischen Förderung bedürfen – muss eine echte Wahlmöglichkeit bei der Wahl der Schule für ihre Kinder zugebilligt werden.

Kinder und Jugendliche dürfen im Rahmen von inklusivem Lernen nicht schlechter gefördert werden als bislang.

Deshalb halten es die antragstellenden Fraktionen für erforderlich, dass auch in Zukunft ein Förderschulangebot im südlichen Ennepe-Ruhr-Kreis bestehen bleibt.

Der von den SPD-Fraktionen Gevelsberg und Schwelm vorgelegte Vorschlag kommt diesem Ansinnen zwar in seiner Zielrichtung nach, jedoch ist unklar, warum insbesondere Ennepetal unberücksichtigt bleibt, wenn angeblich eine Lösung für den gesamten Südkreis gefunden werden soll. Nach Vorstellung der CDU sollte es von Anfang an einen gemeinsamen Dialog auf Augenhöhe aller Städte des Südkreises über dieses wichtige Thema geben und alle beteiligten Kräfte aus Politik und Verwaltung an einem Strang ziehen.

Wenn das Ziel einer von der Gesellschaft gelebten und akzeptierten schulischen Inklusion im südlichen Ennepe-Ruhr-Kreis gelingen soll, dann muss die Zusammenarbeit im Bereich der Förderschulen aufgrund der abnehmenden Anmeldezahlen und der sich abzeichnenden rechtlichen Rahmenbedingungen alle Städte des südlichen Ennepe-Ruhr-Kreises einbinden, nicht nur Schwelm und Gevelsberg, und auf Augenhöhe geschehen.

Der vorliegende Antrag zeigt hierzu einen Weg auf.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

B. Decker
S. Christ

D. Heymann
W.Rahn

H.-G. Adrian
M. Kampschulte

O. Flühshöh

T. Schulte
U.A.Schäfer